



Detailansicht des Registereintrags

Center for Reproductive Rights

Aktuell seit 31.03.2026 17:56:03

Non-profit organization (not listed on the stock exchange) under the laws of the State of Delaware,
USA (corporation tax-exempt under 501c (3) of the US Internal Revenue Code)

Registernummer:	R007068
Ersteintrag:	15.10.2024
Letzte Änderung:	31.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	19.12.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: 199 Water Street New York, NY 10038 Vereinigte Staaten Telefonnummer: +41225521690 E-Mail-Adressen: europe@reprorights.org Webseiten: https://reproductiverights.org/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

20.001 bis 30.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Nancy Northup**
Funktion: President & CEO
2. **Michelle Dees**
Funktion: Chief Strategy and Operations Officer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Dr. Adriana Lamačková**
2. **Leah Hoctor**
3. **Katrine Thomasen**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Menschenrechte; Geschlechterpolitik; Gesundheitsversorgung; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Grundsicherung; Krankenversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Center for Reproductive Rights (das "Center") ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit für die Anerkennung von reproduktiven Rechten als Menschenrechte einsetzt.

Das Ziel des Centers ist es, sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Recht auf reproduktive Autonomie und Zugang zu umfassender reproduktiver Gesundheitsversorgung frei ausüben können. Das Center arbeitet daran, dass Gesetze und politische Maßnahmen zu reproduktiven Rechten mit internationalen Menschenrechtsstandards, vergleichbaren Best-Practice-Beispielen und den Richtlinien der WHO übereinstimmen. Es führt Lobbyarbeit, Rechtsstreitigkeiten, Forschungsarbeiten, Sensibilisierung und Bildungsarbeit durch. Das Center kooperiert mit staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, darunter Regierungen, politischen Entscheidungsträgern und internationalen Institutionen, um reproduktive Rechte in relevanten rechtlichen und politischen Bereichen voranzubringen. Die Organisation identifiziert Verletzungen dieser Rechte und entwickelt juristische und strategische Ansätze, um solche Verletzungen vor Gericht anzufechten und notwendige rechtliche Reformen anzustoßen. Neben seinen rechtlichen Interventionen fordert die Organisation Regierungen weltweit auf, reproduktive Rechte in nationale Gesetze anzuerkennen, zu respektieren und zu integrieren. Darüber hinaus arbeitet das Center for Reproductive Rights eng mit zwischenstaatlichen Organisationen zusammen, um reproduktive Gesundheit und Rechte als wesentliche Bestandteile der Menschenrechte und der

Außenpolitik in zwischenstaatlichen Foren, insbesondere bei den Vereinten Nationen und in der Europäischen Union, zu verankern.

Im Rahmen seiner Bemühungen, diese Ziele zu erreichen, sucht das Center den direkten Dialog mit Gesetzgebern und Regierungsvertretern in Deutschland, unter anderem durch direkte Korrespondenz, persönliche Treffen, Veranstaltungen und die Bereitstellung von vertieftem Fachwissen zu relevanten politischen Initiativen.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Aufhebung der §§ 218-219b, 240 StGB, § 108 Abs. 2 StPO

Beschreibung:

Streichung der Abtreibungsregelung aus dem Strafgesetzbuch und Aufhebung der Strafbarkeit von Abtreibungen nach §§ 218 - 219b StGB, um die Rechte der Frau zu fördern und die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs an internationale Menschenrechtsstandards und die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation anzupassen.

Änderung von § 240 StGB zur Förderung der Rechte von Frauen und zum Schutz vor unfreiwilliger Abtreibung und erzwungener Schwangerschaft.

Aufhebung von § 108 Abs. 2 StPO, um den Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412120005 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (§§ 2a-15, 19-24)**

Beschreibung:

Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (§§ 2a-15, §§ 19-24), um die obligatorische Beratung abzuschaffen und den Zugang zu freiwilligen, evidenzbasierten Beratungsdiensten zu gewährleisten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

BeratungsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412120006 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Änderung von § 24b des Sozialgesetzbuches (SGB) Fünftes Buch (V) - Gesetzliche Krankenversicherung**

Beschreibung:

Änderung von § 24b SGB V, um den Zugang zu rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüchen durch Angehörige der Gesundheitsberufe zu gewährleisten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412120033 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Änderung von § 51 des Sozialgesetzbuches (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe

Beschreibung:

Änderung von § 51 SGB XII zur Übernahme der Kosten für rechtmäßige Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der Gesundheitshilfe nach dem SGB XII.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Grundsicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412120032 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Änderung von § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes

Beschreibung:

Änderung von § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes, um sicherzustellen, dass rechtmäßige Schwangerschaftsabbrüche in die Gesundheitsleistungen für Asylbewerber aufgenommen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

6. Änderung von § 3 Abs. 2 S. 1 und 2 des Entgeltfortzahlungsgesetzes

Beschreibung:

Aufhebung von § 3 (2) Satz 2 des Entgeltfortzahlungsgesetzes. Änderung von § 3 (2) Satz 1 durch Ersetzung der Wörter „nicht rechtswidrig“ durch „rechtmäßig“. Damit soll der Zugang zu rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüchen sichergestellt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

EntgFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

7. Streichung von Art 1 Abs 10a in der EU-RL zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel

Beschreibung:

Streichung von Artikel 1 Absatz 10(a) im Vorschlag der Kommission zur überarbeiteten EU-Richtlinie über den Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel: Die Streichung dieser Bestimmung würde wichtige Entwicklungen im Recht und in der Politik der EU-Mitgliedstaaten sowie im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der Menschenrechtsstandards widerspiegeln und sicherstellen, dass die überarbeitete EU-Richtlinie evidenzbasiert ist und gleichen Schutz für essenzielle Arzneimittel der sexuellen und reproduktiven Gesundheit garantiert.

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300226 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Versendet am 24.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 24.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

Versendet am 02.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. EU-Gesetzesvorschlag für eine finanzielle Unterstützung für den Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der EU

Beschreibung:

Deutschland soll sich bei der EU-Kommission dafür einsetzen, einen EU-Gesetzesvorschlag zur Einrichtung einer finanziellen Unterstützung für den Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der EU vorzulegen. Die Kommission verfügt über die Kompetenz und das demokratische Mandat zu handeln. Ein freiwilliger EU-Finanzierungsmechanismus stellt eine sinnvolle und verhältnismäßige Antwort auf eine grenzüberschreitende gesundheitliche Herausforderung dar, die kein Mitgliedstaat allein wirksam lösen kann, und respektiert die nationalen Zuständigkeiten sowie die einschlägigen nationalen rechtlichen und medizinischen Rahmenbedingungen. Der Mechanismus würde dazu beitragen, die Grundrechte zu wahren, Leiden zu verringern und Gesundheit und Leben in der EU zu schützen.

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];
Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310232 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.02.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

9. EU-Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSA-Richtlinie)

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Deutschland auf EU-Ebene für drei wesentliche Elemente der Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern einsetzt:

- 1) die Definition von Einwilligung und die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Gleichaltrigen nicht unter Strafe gestellt werden;
- 2) die Einbeziehung einer umfassenden Sexualaufklärung als wesentliche Präventionsmaßnahme;
- 3) sowie die Gewährleistung des Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung für Kinder, die Opfer sexuellen Missbrauchs geworden sind, als wesentliche Unterstützungsleistung.“

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu];
Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310235 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. **Global Affairs Canada (GAC)**

Drittstaat

Kanada

Ottawa, Kanada

Betrag: 2.290.001 bis 2.300.000 Euro

Verbesserung des Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten für Frauen und Jugendliche in 13 Ländern in Subsahara-Afrika und Lateinamerika sowie Unterstützung der weltweiten Advocacy-Arbeit von CRR bei den Vereinten Nationen

2. **Global Affairs Canada**

Drittstaat
Kanada
Ottawa, Kanada

Betrag: 820.001 bis 830.000 Euro

„Sub-Grant“ in Zusammenarbeit mit CARE Canada: Sexuelle und reproduktive Gesundheit und wirtschaftliche Stärkung zur Unterstützung der Rechte und Handlungsfähigkeit von schulabgängigen Mädchen („SHE SOARS“) in Afrika.

3. Swedish International Development Cooperation Agency

Mitgliedstaat der EU

Schweden

Sundbyberg, Schweden

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

„Sub-Grant“ in Zusammenarbeit mit Fos Feminista – Stärkung der Evidenzbasis und Interessenvertretung für die Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten Lateinamerikas und der Karibik im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

Gesamtsumme:

42.260.001 bis 42.270.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 07/24 bis 06/25

[The-Center-for-Reproductive-Rights-Inc-Final-FS-2025.pdf](#)